§17

(1) Zur Realisierung der staatlichen Aufgaben und Planauflagen haben die Außenhandelsbetriebe im Rahmen ihres Waren- und Leistungsprogramms internationale Wirtschaftsverträge mit ihren Partnern außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik abzuschließen (Außenhandelsverträge). Die Außenhandelsbetriebe sollen die Außenhandelsverträge schriftlich abschließen.

(2) Zu den Außenhandelsverträgen im Sinne dieser Verordnung gehören insbesondere Verträge über

- a) Lieferung und Kauf,
- b) Werkleistungen (Montage- und Bauleistungen, Forschung, Projektierung und andere wissenschaftlich-technische Leistungen sowie Lohnveredelung),
- c) Errichtung von Industrieanlagen,
- d) Dienstleistungen (Handelsvertretung, Kundendienst, Lagerung, Kontrolle und Beratung),
- e) Miete,
- f) wissenschaftlich-technische Ergebnisse und über andere Arten der Lizenzvergabe und Lizenznahme,
- g) Konsortien und andere Gesellschaften.

Außenhandelsverträge im Sinne dieser Verordnung sind auch Verträge, die als Eigengeschäfte von den gemäß § 20 befugten volkseigenen Betrieben, Kombinat und Exportkontoren abgeschlossen werden.

(3) Der Minister für Außenhandel ist berechtigt, in Rechtsvorschriften festzulegen, welche Außenhandelsverträge und welche anderen der Durchführung des Außenhandels dienenden Handlungen seiner Genehmigung bedürfen.

(4) Außenhandelsverträge begründen Rechte und Pflichten gegenüber Partnern außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik ausschließlich für die in diesen Verträgen als Partner auftretenden Betriebe der Deutschen Demokratischen Republik. Sie begründen keine Rechte und Pflichten für die staatlichen Organe, denen diese Betriebe unterstellt sind.

§18

(1) Die Außenhandelsbetriebe als Exporteure und Importeure für einzelne oder mehrere Industriezweige haben auf dem Gebiet des ihnen zugeordneten Waren- und Leistungsprogramms bzw. im Umfang der gemäß § 6 Abs. 2 erteilten Berechtigung das staatliche Außenhandelsmonopol zu gewährleisten.

(2) Die Außenhandelsbetriebe haben bei der Anbahnung, der Vorbereitung und Verhandlung von Außenhandelsverträgen eng mit den volkseigenen Betrieben und Kombinat zusammenzuarbeiten. Nur durch oder über die Außenhandelsbetriebe dürfen Außenhandelsverträge angebahnt sowie Angebote und Nachfragen abgegeben oder eingeholt werden. Die Befugnis zum Abschluß von Außenhandelsverträgen steht allein den Außenhandelsbetrieben, für bestimmte Dienstleistungen allein den hierfür speziell gebildeten Außenhandelsbetrieben zu.

(3) Die Bestimmungen des Abs. 2 gelten auch für

- a) Außenhandelsverträge über Lieferungen und Leistungen, die sich aus völkerrechtlichen Verträgen oder auch aus internationalen Wirtschaftsverträgen über die sozialistische internationale Spezialisierung und Kooperation ergeben,
- b) Außenhandelsverträge über Lieferungen und Leistungen, die sich aus völkerrechtlichen Verträgen über die Beteiligung der Deutschen Demokratischen Republik an Investitionen, an der Gründung und Tätigkeit internationaler Wirtschaftsvereinigungen oder an gemeinsamen Betrieben ergeben,
- c) Wirtschaftsverträge über Beziehungen im Rahmen der ökonomischen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit Partnern aus Entwicklungsländern und kapitalistischen Industrieländern.

§19

(1) Die Außenhandelsbetriebe sind im Rahmen des für sie festgelegten Waren- und Leistungsprogramms für die Leitung und Durchführung der Marktarbeit außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik verantwortlich. Die Marktarbeit umfaßt insbesondere

- a) die Erforschung der Absatz- und Bezugsmöglichkeiten,
- b) die Werbung einschließlich der Beteiligung an Messen und Ausstellungen,
- c) die technisch-ökonomische Beratung,
- d) die Organisation des Kundendienstes und der Ersatzteilversorgung,
- e) die Gestaltung der Absatz- und Bezugsorganisation.

Bei der Durchführung der Marktarbeit haben die Außenhandelsbetriebe eng mit den wirtschaftsleitenden Organen und den Wirtschaftseinheiten der zuständigen Industriezweige zusammenzuarbeiten. Die Zusammenarbeit ist auf der Grundlage von Kooperations- oder anderen Wirtschaftsverträgen zu organisieren, in denen die Aufgaben der Partner exakt festgelegt werden.

(2) Die Außenhandelsbetriebe haben die alleinige Befugnis, außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik Einrichtungen der Absatz- und Bezugsorganisation zu unterhalten. Zu den Einrichtungen der äußeren Absatz- und Bezugsorganisation gehören insbesondere:

- a) von den Außenhandelsbetrieben direkt geleitete Einrichtungen,
- b) von den Außenhandelsbetrieben gemeinsam mit Partnern außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik unterhaltene Einrichtungen,
- c) die vertraglich gebundene Vertretung durch Partner außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik (Handelsvertreter).

Bildung, Veränderung oder Auflösung der unter Buchstaben a und b genannten Einrichtungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Ministers für Außenhandel.

(3) Die Beteiligung an Messen, Ausstellungen und Veranstaltungen außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik sowie die Durchführung von Ausstellungen und Veranstaltungen in und außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik, soweit diese der Vorbereitung und Unterstützung des Exports und Imports dienen, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Ministers für Außenhandel.

§20

(1) Die Generaldirektoren der Außenhandelsbetriebe können vom Minister für Außenhandel berechtigt werden, im Rahmen des Waren- und Leistungsprogramms ihres Außenhandelsbetriebes volkseigenen Betrieben, Kombinat und Exportkontoren die Befugnis zur Vorbereitung, zum Abschluß und zur Abwicklung von Exportverträgen im eigenen Namen mit Partnern außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik zu übertragen (Eigengeschäfte).

(2) Die Generaldirektoren der Außenhandelsbetriebe können vom Minister für Außenhandel auch berechtigt werden, im Rahmen des Waren- und Leistungsprogramms ihres Außenhandelsbetriebes volkseigenen Betrieben und Kombinat die Befugnis zur Vorbereitung, zum Abschluß und zur Abwicklung von Importverträgen über wissenschaftlich-technische Ergebnisse im eigenen Namen mit Partnern außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik zu übertragen.

(3) Die Verantwortung der Außenhandelsbetriebe für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben und Planauflagen und für die Bildung der Valutapreise bleibt bei der Übertragung der Befugnis zur Durchführung von Eigengeschäften im vollen Umfang bestehen.

§21

(1) Betriebe und Institutionen, die ihren Sitz außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik haben, können in der